

DaSuMed

Datenschutzinfos für medizinische und soziale Einrichtungen



Liebe Kolleginnen und Kollegen,
kurz vor Weihnachten die neuesten
Datenschutzinformationen.
Mit besten Grüßen, Mark Rüdlin



A. Gesetzesinfos

1. Datenschutz in der großen Koalition

Die neue Bundesregierung hat folgende Absichtsbekundungen in Bezug auf den Datenschutz in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart:

- Beschäftigtendatenschutzrecht soll konkreter geregelt werden, aber nur, wenn dazu keine Regelungen in der http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf;jsessionid=57D9301780C032556F2AB3058111C715.s4t2?__blob=publicationFile&v=2 geplanten EU-Datenschutz-Grundverordnung zu finden sein werden, die in „angemessener Zeit“ in Kraft treten müsste.
- Die EU-DS-GVO soll zügig weiter verhandelt und schnell verabschiedet werden. Anstrengungen dies noch vor den EU-Wahlen 2014 zu realisieren, sollen nicht unternommen werden.
- Die eben gegründete Stiftung Datenschutz soll in der Stiftung Warentest aufgehen.
- Der Kunde- und Werbedatenschutz soll gestärkt werden.
- Apps sollen in Zukunft umtauschbar werden.
- Medien- und Informationskompetenz sollen als zentrale Maßnahme für den Datenschutz und die Sicherheit im Internet aufgewertet werden.
- Die elektronische Gesundheitskarte soll ausgebaut werden.
- Der strafrechtliche Schutz für Cybermobbing und Cybergrooming soll ausgeweitet werden.
- Die Planungen für ein IT-Sicherheitsgesetz sollen weiter verfolgt werden.

■ Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und das Cyber-Abwehrzentrum sowie die IT-Ausstattung deutscher Sicherheitsbehörden soll ausgebaut werden.

■ Cloud-Infrastrukturen sollen einen sicheren Rechtsrahmen bekommen.

http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf;jsessionid=57D9301780C032556F2AB3058111C715.s4t2?__blob=publicationFile&v=2

2. EU-DS-GVO

„Das Europäische Parlament hat am 21. Oktober 2013 seine Verhandlungsposition für die Datenschutz-Grundverordnung festgelegt. Der federführende Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres hat dem Vorschlag des Berichterstatters Jan Philipp Albrecht zugestimmt. Der DAV begrüßt, dass der Bericht einige der zentralen Forderungen zum Konfliktfeld zwischen Datenschutz und anwaltlichem Berufsgeheimnis des DAV aufgreift. Nun stehen die sogenannten Trilogverhandlungen mit dem Rat und der EU-Kommission an, die vor der Wahl des Europaparlaments im kommenden Mai 2014 abgeschlossen sein sollen,“ so die DAV-Depesche Nr. 43/13. Der aktuelle Text ist nachzulesen unter: http://www.weidenholzer.eu/wp-content/uploads/2013/10/EUDATAP_allcompromises.pdf

3. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Schutzes von Vertrauensverhältnissen zu Berufsgeheimnistägern – insbesondere Ärzten - im Strafprozessrecht

Schleswig-Holstein hat eine Gesetzesinitiative eingebracht, die eine Differenzierung bei strafprozessual flankierendem Schutz der zeugnisverweigerungsberechtigten Berufsgruppen, insbesondere zu Gunsten von Ärzten und Psychotherapeuten ausschließen soll.

http://www.bundesanzeiger-verlag.de/fileadmin/Betrifft-Recht/Dokumente/edrucksachen/pdf/0099_12.pdf

4. EU-Richtlinie zum Schutz von Geschäftsgeheimnisse geplant

Der Schutz von Geschäftsgeheimnissen soll EU-weit rechtlich geregelt werden, indem für vertrauliche Informationen ein angemessenes Schutzniveau definiert wird und im Verletzungsfall effektive Rechtsbehelfe zur Verfügung stehen sollen.

http://www.hk24.de/standortpolitik/innerbetriebliche_sicherheit/innen_sicherheitspolitik/2697556/EU_Richtlinie_zur_Unternehmenssicherheit.html

5. Gesetzentwurf über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung

Die Richtlinie (EU) Nr. 24/2011 des europäischen Parlaments über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüber über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüber soll durch den Gesetzentwurf des schleswig-holsteinischen Landtags umgesetzt werden. http://www.schleswig-holstein.de/MSGFG/DE/Service/GesetzeLandtag/Gesetzesvorhaben/Entwuerfe_PDF/131030_GE_PDF_PatientenrechteGV__blob=publicationFile.pdf

B. Urteile und Beschlüsse von Gerichten

1. Foto auf Gesundheitskarte ist verfassungsgemäß

Die Verpflichtung der GKV-Versicherten ein Foto auf der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) zu dulden verstößt nicht gegen verfassungsrechtliche Vorgaben, so das SG Berlin in seinem Beschluss vom

2. Gebot der Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit gilt auch für den Schleswig-Holsteinischen Datenschutzbeauftragten

Der Schleswig-Holsteinische Datenschutzbeauftragte darf Kritik über datenschutzrechtliche Mißstände nur unter Beachtung des Prinzips der Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit üben, so das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht in seinem Beschluss vom 05.11.2013 (Az.: 8 B 50/13). In einem Fall gegenüber einem Medizinunternehmen wurde dies nicht beachtet.

3. Haftung für Empfehlungsmails

Der BGH hat in seinem Urteil vom 12.09.2013 (Az.: I ZR 208/12) die Haftung eines Unternehmens für Empfehlungs-E-Mails festgeschrieben. Bietet ein Unternehmen auf seiner Webseite den Nutzern die Möglichkeit an, Dritten unverlangt Empfehlungs-E-Mails zu senden, so sind diese genauso zu werten, wie unverlangt versandte Werbe-E-Mails und können eine schadensersatzpflichtige Verletzungshandlung darstellen.

4. Betriebsrat hat kein Mitbestimmungsrecht bei Betreiben einer Facebook-Seite

Der Betriebsrat eines Transfusionszentrums hat kein Mitbestimmungsrecht beim Betreiben einer Facebook-Fan-Seite durch den Arbeitgeber, so das ArbG Düsseldorf in seiner Entscheidung vom 21.06.2013 (Az.: 14 BVGa 16/13).

5. Geschäftsschädigende Äußerungen rechtfertigen außerordentliche Kündigung

Verbreitung von Unwahrheiten über das Internet eines Arbeitnehmers rechtfertigt die außerordentliche Kündigung, so das LArbG Hamm im Urteil vom 15.03.2013 (Az.: 13 Sa 6/13).

6. Weiterverkauf gebrauchter Software auch ohne Zustimmung des Herstellers zulässig

Das LG Hamburg hat in seiner Entscheidung vom 25.10.2013 (Az.: 315 O 449/12) die Zulässigkeit des Verkaufs von gebrauchter Software – auch ohne sich aus den Hersteller-AGBs ergebenden Zustimmungsvorbehalt – für erlaubt erklärt.

7. Einscannen und Speichern von Personalausweisen nicht zulässig

Das VG Hannover hat mit seiner Entscheidung vom 28.11.2013 (Az.: 10 A 5342/22) entschieden, dass das Einscannen und Speichern von Personalausweisen nicht zulässig ist. Zu groß ist die Gefahr, dass diese Informationen missbräuchlich verwendet werden können.

8. Haftung des Unternehmens für Wettbewerbsverstöße eines eigenen Mitarbeiters auf dessen privater Facebook-Seite

Äußern sich Mitarbeiter bei Facebook dergestalt, dass klare Bezüge zu ihrem Arbeitgeber hergestellt werden, dann haftet der Arbeitgeber für diese Inhalte, wenn dabei wettbewerbsrechtliche Verletzungshandlungen im Raume stehen. Mit dieser Entscheidung soll verhindert werden, dass sich ein Unternehmen hinter einem Arbeitnehmer „verstecken“ kann, so das LG Freiburg im Urteil vom 04.11.2013 (Az.: 12 O 83/13).

C. Sonstiges

1. Neue Bundesdatenschutzbeauftragte

Frau Andrea Vosshoff ist neue Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit. Die 55jährige Juristin ist langjährige CDU-Abgeordnete und war bei der letzten Bundestagswahl aus dem Parlament ausgeschieden. Mit ihrer Proklamation für die Vorratsdatenspeicherung wird diese Besetzung vielfach kritisch gesehen.

http://www.bfdi.bund.de/DE/Home/homepage_Kurzmeldungen2013/BTWaehltAndreaVosshoffZurNeuenBundebauftragten.html?nn=408908

2. Elektronische Dokumente sind als Beweismittel zulässig

Eine Studie des Instituts für Wirtschaftsrecht der Uni Kassel ergab, dass elektronische Dokumente in einer rechtlichen Auseinandersetzung genauso viel Wert besitzen, wie Papierunterlagen. Eine digitale Signatur erhöht den Beweiswert. Wurden Dokumente durch externe Dienstleister – wie Steuerberatern oder professionellen Digitalisierungsunternehmen – eingescannt, besteht nahezu kein Zweifel mehr an der Echtheit der Dokumente.

<http://www.datev.de/portal/ShowPage.do?pid=dpi&nid=156576>

3. BSI veröffentlicht Mindeststandard für verschlüsselte Internetverbindungen

Das BSI hat einen Mindeststandard für den Einsatz einer Transportverschlüsselung mittels TLS definiert und vorgelegt.

https://www.bsi.bund.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Presse2013/BSI_veroeffentlicht_Mindeststandard_fuer_verschlueselte_Internetverbindungen_08102013.html

4. Patientenunterlagen in verlassenem Gebäude vergessen

Das UKSH in Kiel hat in einem verlassenem Gebäude Patientenunterlagen vergessen. <http://www.kn-online.de/Lokales/Kiel/UKSH-liess-beim-Umzug-2004-nicht-nur-Gewebeproben-liegen>

5. Richtiger Umgang mit Werbung

Die Datenschutzaufsichtsbehörden haben einen „Anwendungshinweise der Datenschutzaufsichtsbehörden zur Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von personenbezogener Daten für werbliche Zwecke“ veröffentlicht, der die datenschutzrechtlichen Fallstricke beim Einsatz von Werbung darstellt.

http://www.lida.bayern.de/lda/datenschutzaufsicht/lda_daten/Anwendungshinweise_Werbung.pdf

6. Wie eine Lehrerin das Internet erklärt

Eine Lehrerin demonstriert, wie rasend schnell sich ein – ungewollt – veröffentlichtes Bild verbreiten kann:

<http://www.stern.de/digital/online/ungewoehnliche-unterrichtsmethode-wie-eine-lehrerin-das-internet-erklart-2074179.html>

7. Snapchat

Datenschutz im Zeitalter der totalen Vernetzung ist nicht unmöglich. Wer mit Snapchat Bilder verschickt tut dies mit einem eingebauten Selbsterstörungsmechanismus. Nach zehn Sekunden verschwindet das versandte Bild wieder. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/netzwirtschaft/foto-app-so-funktioniert-snapchat-12663830.html>